

Zur Diskussion um den Saale-Seitenkanal

Jörg Lemmert

Bereits seit den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts gibt es die Idee, die letzten Kilometer der Saale, bevor diese bei Barby in die Elbe mündet, durch einen Kanal besser befahrbar zu machen. Tatsächlich ist dieser letzte Abschnitt des Flusses aufgrund vieler Schleifen für Schiffe nur schwer befahrbar. Mit dem sogenannten Saale-Seitenkanal bei Tornitz soll diese Passage umgangen werden.

Speziell in den letzten 20 Jahren wurde viel über den Sinn und Unsinn solch eines Kanals gerade im Hinblick auf ökonomische und ökologische Erwägungen diskutiert. Momentan prüft das Bundesverkehrsministerium, ob eine im letzten Jahr erfolgte Herabstufung der Saale wieder rückgängig gemacht werden soll. Da der Fluss im Moment als sogenannte Restwasserstraße geführt wird, können keine Gelder für den Bau eines Kanals bereit gestellt werden. Parallel zum noch laufenden Gutachten versuchen mittlerweile einige Gemeinden in ihren Räten Druck für den Kanal zu machen.

So z.B. auch in Bernburg: Mit einem Antrag sollte dort der Bürgermeister bereits im Februar beauftragt werden, sich für die Anbindung Bernburgs an das überörtliche Binnenwasserstraßennetz und für die Verwirklichung des erwähnten Kanals bei Tornitz einzusetzen. Er soll also die Ziele des im letz-



Die Saale bei Bernburg

(Foto: privat)

ten Jahr gegründeten Saalebündnisses unterstützen. Dieses setzt sich, in erster Linie aus wirtschaftlichen Gründen, für den Kanal ein, der die Anbindung an die Elbe enorm verbessern würde. Außerdem möchte es die bereits erwähnte Herabstufung der Saale als Restwasserstraße rückgängig machen. Die Herabstufung ist tatsächlich problematisch: Unterhaltungsmaßnahmen für den Fluss drohen vollkommen wegzufallen. Wenn dann z.B. nicht mal mehr Schleusen betrieben werden, ist selbst eine touristische Nutzung

in Frage gestellt. Aus diesem Grund beinhaltet ein alternativer Antrag der Fraktion der LINKEN den Auftrag an den Oberbürgermeister (OB), sich gegen die Herabstufung einzusetzen. Ziel beider Anträge war es somit, dass die Saale weiterhin attraktiv für Freizeit und Tourismus bleibt. Für den Kanal, und das ist der entscheidende Unterschied, sollte sich der OB aber nicht einsetzen. Dieser stellt einen enormen Eingriff in den Naturhaushalt dar, wird bis zu 150 Millionen Euro verschlingen und außerdem, was das entscheidende Argument ist, an dem größten Hindernis der Binnenschifffahrt im Saale-Elbe Bereich nichts ändern. Der Kanal ermöglicht zwar einen problemlosen Anschluss an die Elbe, diese weist jedoch die notwendigen 1,60 Meter Mindestwassertiefe nur an wenigen Wochen im Jahr auf.

...Weiter auf Seite 2

Aus dem Inhalt:

Das Thema:

Umweltpolitik

Seite 1 - 4

- Landtagswahl im Saarland
Seite 5
- Dietmar Bartsch in Bernburg
Seite 6
- Ist Europa noch zu retten?
Seite 7

- Regionalkonferenz
Seite 8
- Kreisvorstand
Seite 9
- Krankenhausverkauf
Seite 10
- Stadtrat Aschersleben
Seite 10

...Fortsetzung von Seite 1

Nur verlässliche Wasserstände machen aber eine rentable Schifffahrt möglich.

Wie sah nun die Debatte im Stadtrat zum Thema aus?

Natürlich war nicht zu erwarten, dass sich die Stadtratsmehrheit aus CDU und FDP auf einen Antrag der LINKEN einlassen würde. Erwartungsgemäß wurde frontal dagegen gehalten. Die Art und Weise war dann aber doch schon erwähnenswert. Auf gute Argumente wurde nicht wirklich eingegangen, dafür immer wieder die Wirtschaft, die den Kanal offenbar unbedingt braucht, ins Feld geführt. Den angeblichen Wirtschaftsfeinden wollte man den Alternativantrag auf keinen Fall durchgehen lassen. Herr Klinz von der FDP fragte sich angesichts der vielen Millionen, die bereits in die Saale geflossen sind, ob diese jetzt umsonst investiert worden sind. Seiner Meinung nach dürfe es jetzt am Kanal nicht mehr scheitern. Tatsächlich hat alleine der Ausbau des viel zu wenig genutzten Hallenser Hafens ca. 30 Mio. Euro gekostet. Jetzt aber weitere 150 Mio. investieren, die die Weiterfahrt auf der Elbe ja bekanntlich auch nicht ermöglichen, soll wirtschaftlich sein?

Dass auch irgendwann einmal die Elbe weiter ausgebaut wird (was ebenfalls seit Jahrzehnten zur Debatte steht), ist übrigens höchst unwahrscheinlich. Die Kosten für den Kanal dürften im Vergleich zum Elbeausbau wie Peanuts erscheinen. Die notwendigen Eingriffe, um die Elbe permanent schiffbar zu machen, wären so tiefgreifend und die vorhersehbaren Auswirkungen auf z.B. den Grundwasserstand des Umlandes so enorm, dass solche Ausbaupläne völlig abwegig sind.

Auch die anderen Fraktionen im Stadtrat, ausgenommen die Grünen, hielten übrigens fleißig dagegen. SPD und das Bernburger Bürgerbündnis sahen ebenfalls Chancen für einen wirtschaftlichen Aufschwung. Genau wie OB Schütze, der überhaupt eine seltsame Rolle in der Debatte einnahm.



Lage des geplanten Kanals bei Barby

(Quelle: www.bernburg.de)

Der Stadtrat sollte ja bekanntlich diskutieren, ob er den OB beauftragen möchte, die Ziele des Saalebündnisses zu unterstützen. Wie kann es da sein, dass dieser sich da ständig selbst in die Debatte einschaltet? Das tat er jedenfalls vehement. Warum man einen OB mit dieser uneingeschränkten Vorliebe für den weiteren Ausbau der Saale noch für die erwähnten Ziele begeistern muss, scheint mir höchst schleierhaft. Er argumentierte jedenfalls ähnlich wie alle anderen bereits erwähnten Kanalbefürworter.

Ganz großes Thema während der Debatte war erwartungsgemäß auch die Alternativvariante für den Kanal, die Wasserwirtschaftsexperte Christian Jung aus Schönebeck ins Spiel gebracht hat. Diese soll viel günstiger sein und sich besser in die Landschaft einfügen, da sie einige im Raum Barby bereits vorhandene Teiche (Kiesabbau) mit einbezieht. Wie ein heiliger Gral wird die Idee, seitdem sie im Februar in diversen Medien vorgestellt wurde, u.a. auch von ministerieller Seite behandelt. Ähnlich verhielten sich die Befürworter im Stadtrat, die, wie z.B. der OB, bereits von einer touristisch sehr attraktiven Wasserlandschaft, die im Elbe-Saale-Winkel

entstehen könnte, schwärmten. Bei allem Respekt vor Herrn Jung: Eine unsinnige Idee grün einfärben, macht diese nicht besser. Dass auch ein „grüner“ und „nur“ 80 Mio. Euro teurer Kanal das erwähnte zentrale Problem nicht löst, brauche ich sicherlich nicht noch einmal erwähnen.

Um es kurz zu machen: Die Debatte im Stadtrat war reichlich absurd, das Ergebnis trotz aller guten Argumente sehr enttäuschend.

Es bleibt zu hoffen, dass der Protest gegen die Herabstufung etwas bringt und einer weiteren touristischen Nutzung der Saale nichts im Wege steht. Genau darauf sollten sich alle Freunde des Flusses konzentrieren und nicht darauf, noch mehr Steuergelder zu verschwenden und die Natur an Saale und Elbe unnötig zu gefährden.

Ein kleiner Tipp noch an die Befürworterfront: Einfach bei den Firmen, die seit Jahren den Kanal fordern, nachfragen, wie viel Geld sie für den Bau locker machen wollen (immerhin werden sie ja offensichtlich irgendwann davon profitieren). Ich glaube, dann ist die Idee ganz schnell vom Tisch.

Jörg Lemmert ist Mitglied im Kreisvorstand

Kleingartenanlagen am Scheideweg

Angelika Trench

Kleingartenanlagen sind Bestandteile städtischer Grünflächen. Sie erfüllen wichtige ökologische Funktionen:

- Ausgleichsfunktionen bezüglich Temperatur und Luftfeuchte,
- Durch geringeren Versiegelungsgrad positive Wirkungen auf den Wasserhaushalt und Erhaltung von Bodenfunktionen,
- Rückzugsgebiet und Heimstatt einer artenreichen Flora und Fauna.

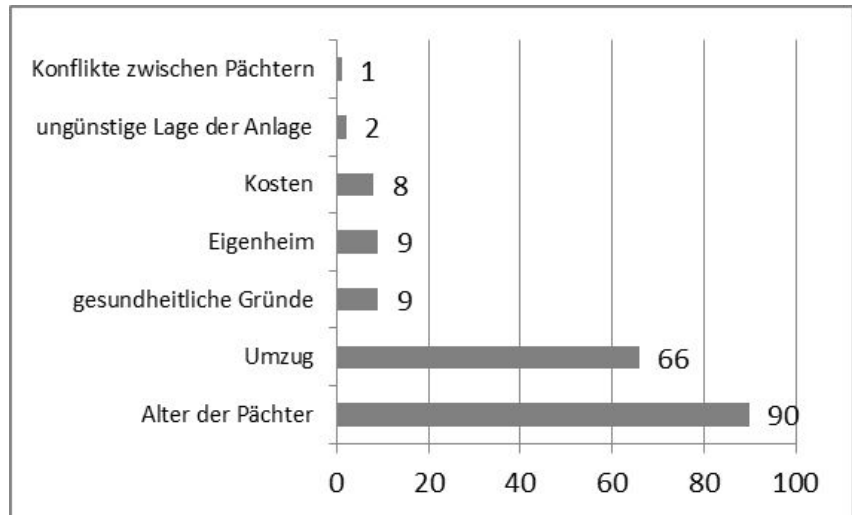
Kleingartenanlagen bedienen aber auch soziale Funktionen. Sie ermöglichen den Pächtern und ihren Familien den Aufenthalt und das Tätigsein in der Natur, Erholung, eine preiswerte Ergänzung des Speisezettels, soziale Kontakte usw. Das kann insbesondere für Leute mit kleinem Geldbeutel und geringer Mobilität bedeutsam sein. Deshalb wurden die Pachtpreise begrenzt.

Kleingartenanlagen im Osten der Republik sind durch den Einigungsvertrag im Bestand geschützt. Trotzdem sind sie in Gefahr. Die Gefahr resultiert aus der demografischen Entwicklung und dem bevorstehenden Generationswechsel in den Vereinen (vgl. Grafik). Aber auch die Anforderungen an Mobilität und Flexibilität im Arbeitsprozess dämpfen die Bereitschaft und Möglichkeit, hier einen erholsamen Ausgleich zu finden.

Das Kleingartenwesen hat in Sachsen-Anhalt eine lange Tradition. 1920 wurde der Anhaltinische Landesverband gegründet, dem Bernburg 1922 beitrug. 2012 jährt sich dieses Ereignis zum 90. Mal.

Wie sieht es heute im Landkreis aus? Dazu haben der Geschäftsführer des Kleingartenverbandes, Herr Funke, und der Vorsitzende, Herr Becker, Auskunft gegeben.

1993 gab es 5959 Parzellen in 72 Anlagen. Davon wurden 5233 (87,8%) bewirtschaftet. Mit dem Stand März 2012 zählte man 3192 bewirtschaftete Parzellen in 61 Vereinsanlagen mit insgesamt 4905 Parzellen. Das ist ein Leerstand von 35%, wobei nur noch 757 freie Parzellen vergabefähig sind. Einige Anlagen sind inzwischen aufgelöst



Gründe für die Aufgabe der Gärten (Quelle: Buhtz, Gehrt, Lindner (2008): Städtebauliche, ökologische und soziale Bedeutung des Kleingartenwesens)

worden – z.B. 2012 die Anlage „Saalestrand“ in Bernburg. Für 55 Parzellen blieben zuletzt nur noch 11 Bewirtschafter. Das Angebot an Kleingärten im Landkreis mit 43 pro 1000 Einwohner ist im Vergleich zum Bundesdurchschnitt überdurchschnittlich hoch.

Es gab und gibt eine Reihe von Versuchen, neue Interessenten zu gewinnen – z.B. mit „Schnuppergärten“ (befristete Freistellung von der Pacht) in „Chemie und Kali“. Dafür haben sich trotz Werbung nur 3 Leute gefunden. In der Anlage „Dröbel 1945“ wurde ein Tafelgarten (5000 m² Größe) gegründet, für den seit 2 Jahren das Sozialamt der Stadt die Trägerschaft übernommen hat und der Kreisverband die MAE-Kräfte fachlich anleitet. 10 t Obst und Gemüse wurden auf diese Weise 2011 für die Tafel produziert. Die angeleiteten Kräfte sind aber leider nicht in der Lage, zukünftig eigenständig Gärten zu bewirtschaften.

Diese hohen Leerstände stellen ein wirtschaftliches Problem dar. Die Fläche der Kleingartenanlagen gehört im Kreisverband zu 70% privaten Eigentümern einschließlich der Kirche. In anderen Gebieten ist es genau umgekehrt. Hier dominiert kommunales Eigentum mit deutlich geringeren Pachtpreisen. Die Kosten der Infrastruktur und der Pacht auch für die nichtbewirtschafteten Parzellen einschließlich Gemeinschaftsanlagen tragen die verbliebe-

nen Mitglieder des Verbandes. Was könnte getan werden?

- Eine Konzeption für einen gezielten Rückbau bzw. Erhalt ausgewählter Anlagen ist notwendig. Bei der Erarbeitung müssen sich alle Vereine einbringen.

- Der Anteil kommunalen Eigentums muss erhöht werden - einmal wegen der Pachtpreise, zum anderen aber auch, um den Rückbau oder Umstrukturierung in Angriff nehmen zu können.

- Nicht zuletzt sollte der Schulgartenunterricht in Kombination mit der Verwertung der Ernteprodukte wieder größere Verbreitung finden. Es wäre gut, wenn dieser Beitrag zum Nachdenken anregen, noch besser aber Aktivitäten auslösen würde.

Angelika Trench ist Mitglied der BO Bernburg-Strenzfeld

Veranstaltungen der Ökostation Neugattersleben 2012:

- 12.05. Naturkundliche Fahrradexkursion in der Region Bernburg
 - 16.06. Tag der offenen Tür und Erdbeertag
 - 18.08. Tomatentag
 - 29.09. Kartoffelfest
- (Änderungen vorbehalten)

Das Seeland neu gestalten

Rüdiger Wendt

Mehr als 150 Jahre wurde im Landkreis Aschersleben Braunkohle abgebaut. Über viele Generationen hat der Bergbau unser Territorium geprägt und das gesamte Landschaftsareal im Seeland tiefgreifend verändert. Um diese zerstörte Landschaft mit den gewaltigen Bergbaulasten umzugestalten, ihr die Natur wiederzubringen und auch eine touristische Nutzung des Seelandes schrittweise herbeizuführen, gründete sich 1992 der Verein FÖRDERKREIS FREIZEIT- UND ERHOLUNGSPARK „SEELAND“ e.V. In der Präambel zur Vereinsgründung heißt es, es geht um die Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts sowie die Umgestaltung des Tagebaus Nachterstedt/Schadeleben in einen Freizeit- und Erholungspark. Im Text der Präambel heißt es weiter: „Die Wiederherstellung des natürlichen und landwirtschaftlichen ausgewogenen Lebensraumes von Mensch, Tier und Pflanze in unserer Heimat ist das höchste Ziel unseres Vereins.“

Nach dem Unglück des Erdbebens herrschten unterschiedliche Ansichten zur weiteren Arbeit des Förderkreises. Diese reichten von aktiver Unterstützung bis zu der Feststellung, dass es für uns doch nichts mehr zu tun gibt. Für uns war eine Umorientierung in der Aufgabenstellung notwendig. Der See, als Kern der touristischen Nutzung, steht uns erst einmal nicht mehr zur Verfügung. Leider haben sich dank der „Entscheidungsunfreudigkeit“ verantwortlicher Stellen die Versprechungen der LMBV zur eventuellen Nutzung der Schadelebener Seite des Sees nicht bewahrt und die Sache wird immer mehr zur unendlichen Geschichte. Entscheidungen zur Nutzbarkeit des Sees werden nun wahrscheinlich erst 2013 getroffen. Dieser Umstand war auch einer der Gründe zum Rückkauf des Sees durch die LMBV. Natürlich stößt das Verhalten der verantwortlichen Stellen bei uns im Förderkreis und auch in der Bevölkerung auf scharfe Kritik. Ich glaube aber an die Zukunft des Projektes. Natürlich



Sitz der Seeland GmbH

(Foto: privat)

habe ich auch erlebt, wie Versprechungen nicht gehalten wurden, Arbeiten verzögert wurden, Verantwortungen hin und her geschoben wurden und letztendlich notwendige politische Entscheidungen halbherzig getroffen wurden.

Nun zu einigen Vorstellungen des Vereins zur zukünftigen Gestaltung des Seegebietes der Stadt Seeland. Auf unserer Vereinsversammlung im Februar wurden dazu grundlegende Maßnahmen festgelegt. So wurde nach der Saisonöffnung des Abenteuerspielplatzes am 7. April der Parkplatz mit seinem Info-Punkt wieder eröffnet. Flyer und andere Materialien informieren den Besucher über die Sehenswürdigkeiten rund um den See. Außer der Organisation des Seelandfestes, des Erntedankfestes und des Weihnachtsmarktes der Stadt Seeland arbeiten wir an der Projektierung eines Radwanderweges rund um den See. Der Radwanderweg R1 und die Straße der Romanik werden in die Route einbezogen. Schautafeln sollen auf die Tier- und Pflanzenwelt hinweisen. Die Zusammenarbeit mit dem Naturschutzbund wird dazu angestrebt.

Ausgangspunkt der Aktivitäten am See wird der Fahrrad- und Informationsstützpunkt auf der Schadelebener Seite des Sees sein. Hier können sich Besucher über die Entwicklung des Bergbaus und des Sees informieren. In einer kleinen Werkstatt können Radwanderer kleine Reparaturen durchführen. Auf Anmeldung gibt es für Besuchergruppen und

speziell für Schulklassen Vorträge des Bergmannvereins und von anderen Wissensträgern. Die Traktorenausstellung in Schadeleben, die Ausstellungen zur Geschichte in Frose oder Nachterstedt, die Froser Stiftskirche an der Straße der Romanik oder die „Vogelkirche“ in Hoym – hier befindet sich eine große Dohlenkolonie – und andere Sehenswürdigkeiten sind Besuchermagnete. Auch Gaststätten und Übernachtungsmöglichkeiten werden von uns ausgewiesen. Unsere Zielgruppen sind die Radwanderer, Reisegruppen und Schulklassen. Schulklassen können Projekttag im Seeland verbringen. Hier bieten sich das Grüne Labor in Gatersleben und ökologische, geologische sowie bergbauliche Themen an. Die Informationen werden von uns aufbereitet und gebündelt. Dann werden die Kontakte zu Reisebüros, Schulen, Seniorenclubs usw. aufgenommen, das heißt, die Organisation läuft dann über den Förderkreis.

Besuchen Sie das Seeland. Auch ohne Badespaß bieten wir Wissen und Erholung.

Rüdiger Wendt ist Mitglied der BO Seeland

Ein gutes Ergebnis für DIE LINKE bei der Landtagswahl im Saarland?

Friedrich Schütz

Eigentlich hätte die Landtagswahl im Saarland am 25. März erst 2014 stattfinden müssen, denn die seit der letzten Wahl am 30. August 2009 begonnene Wahlperiode war erst etwa zur Hälfte abgelaufen. Es zeigte sich aber immer deutlicher, daß die nach jener Wahl gebildete schwarz-gelb-grüne Landesregierung immer instabiler wurde. So löste dann die CDU-Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer die Regierung, wie es in einem nd-Artikel heißt, „zum Schrecken ihrer verdatterten Koalitionspartner“ auf. Damit war sowohl für die FDP als auch für die Grünen die Beteiligung an einer zukünftigen Regierung des Saarlandes beendet.

Bei den damit notwendig gewordenen Neuwahlen hofften sowohl die regierende CDU als auch die in der Opposition stehende SPD, stärkste Partei zu werden und damit den/die Regierungschef/in stellen zu können. DIE LINKE als drittstärkste Kraft wollte wenigstens annähernd ihr herausragendes Ergebnis von 2009 mit 21,3 % wiederholen und damit auch auf die im Mai anstehenden Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen positiv ausstrahlen. Sie hoffte außerdem auf ein Regierungsbündnis mit der SPD. Ziel der Grünen und der FDP war der Wiedereinzug in den Landtag. Das wünschten sich auch die Piraten.

Sieht man sich die Wahlergebnisse an, so zeigt sich: Der große Gewinner war bei einer Wahlbeteiligung von 61,6 % (2009: 67,6 %) die CDU. Mit 169.594 Stimmen verlor sie zwar fast 15.000 gegenüber 2009, konnte aber wegen der geringeren Wahlbeteiligung ihren Anteil von 34,5 % auf 35,2 % erhöhen. Damit blieb die Zahl ihrer Mandate unverändert bei 19. Es sei hier erwähnt, daß die CDU, außer während der Regierungszeit von Oskar Lafontaine (1985 – 1999), immer als stärkste Partei den Ministerpräsidenten stellte und unter Peter Müller von 1999 bis 2009 sogar allein regieren konnte.

Die SPD, die bei den Wahlen von 1990 bis 2009 von einer Wahl zur nächsten immer mehr Einfluß verlor, von 54,4 %

bis zu 24,5 %, konnte bei dieser erstmals unter ihrem zum dritten Mal angetretenen Spitzenkandidaten Heiko Maas fast 16.000 Stimmen zugewinnen. Sie erreichte damit 30,6 % und gewann 17 Sitze und damit 2 mehr als 2009.

DIE LINKE wurde unter ihrem Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine die mit Abstand drittstärkste Partei. Für sie stimmten 77.612 Wähler/innen, was einen Anteil von 16,1 % bedeutet und womit 9 Mandate gewonnen wurden. Gegenüber 2009 hatte unsere Partei aber einen Verlust von über 36.000 Stimmen, was fast ein Drittel ausmacht, und von 2 Mandaten.

Zum ersten Mal im Landtag des Saarlandes, ja nach Berlin im zweiten überhaupt, sind die Piraten vertreten. Mit über 35.000 Stimmen, das sind 7,4 %, und 4 Sitze, schafften sie ein herausragendes Ergebnis. Zu beachten ist: Diese Partei hatte einen großen Zuspruch bei jungen Wähler/innen. Sie holte viele Stimmen aus dem Lager der Nichtwähler, und alle bisher im Landtag vertretenen Parteien verloren Stimmen an sie, darunter auch DIE LINKE etwa 7000.

Die Grünen, die 2009 5,9 % der Stimmen gewannen, retteten sich mit 120 Stimmen mehr als den erforderlichen über die 5 Prozent-Hürde. Größter Verlierer war die FDP. Von 9,2 % ist sie auf 1,2 % zurückgefallen. Damit ist sie in den acht seit Anfang 2011 durchgeführten Landtagswahlen in sechs Parlamenten rausgeflogen. Sie gehört damit in diesem Land wie z.B. die Familienpartei (1,7 %), die NPD (1,2 %) und einige andere zu den kleinen Parteien, die auf die parlamentarische Arbeit keinen Einfluß haben.

Zur Beantwortung der in der Überschrift gestellten Frage, ob DIE LINKE ein gutes Wahlergebnis erreicht hat, zitiere ich zunächst zwei Sätze. So gibt es in der Information über die Tagung des Parteivorstandes am 26. März hierzu nur den einen Satz: „DIE LINKE hat ein gutes Ergebnis erreicht.“ Der Bundesgeschäftsführer Werner Dreibus sagte einen Tag später in einem nd-Gespräch: „Wir sind sogar sehr zufrieden.“ Ich halte das Wort „sehr“

hier jedoch nicht für angebracht. Zwei Tatsachen sollten aber beachtet werden: 1. Bei der Wahl gab es, wie dargestellt wurde, beachtliche Stimmenverluste. 2. Es wurde ein Wahlergebnis erreicht, das weit über dem Durchschnitt in anderen westdeutschen Ländern liegt.

In dem Leitantrag an den 3. Parteitag wird eindeutig herausgestellt und begründet, daß unsere Partei an Einfluß verloren hat. DIE LINKE hat sich „von den Menschen und ihren Sorgen, Nöten, aber auch Wünschen entfernt.“ Zieht man das alles in Betracht, dann muß man zu der Auffassung kommen, daß unsere Partei doch ein gutes Ergebnis erreicht hat.

Nach den Wahlergebnissen gab es für die Regierungsbildung zwei Koalitionsmöglichkeiten: 1. Schwarz-Rot und 2. Rot-Rot. Heiko Maas, der doch endlich so gern Ministerpräsident geworden wäre, verzichtete jedoch auf das Bündnis mit der LINKEN und entschied sich für die Rolle als Juniorpartner der CDU. Dabei dürfte der SPD doch klar sein, daß sie mit dieser ihre sozialpolitischen Ziele, wenn sie denn wirklich ernst gemeint sind, nicht durchsetzen kann.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch an die völlig unsinnige Behauptung des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel erinnern, Oskar Lafontaine habe es geschafft, erneut eine von der CDU geführte Regierung an die Macht zu bringen. Sollte denn DIE LINKE für sie Wahlkampf machen? Es zeigt sich: Der Antikommunismus ist nach wie vor in voller Blüte und deshalb – aus ihrer Sicht – kein Bündnis mit der LINKEN.

Am 6. bzw. 13. Mai finden die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen statt. Hier geht es nicht wie im Saarland um ein zweistelliges Wahlergebnis, aber DIE LINKE wird ihre ganze Kraft dafür einsetzen, auch weiterhin in beiden Landtagen zu bleiben.

DIE LINKE vor ihrem 3. Parteitag

Friedrich Schütz

Der Kreisvorstand unserer Partei führte am 11. April im Metropol Bernburg gemeinsam mit der Landesgruppe Sachsen-Anhalt der Bundestagsfraktion eine Veranstaltung durch, auf der der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Dietmar Bartsch sprach, der von unserem Abgeordneten Jan Korte begleitet wurde. Es war das Anliegen seines Vortrages, wenige Wochen vor der 1. Tagung des 3. Parteitages, am 2. und 3. Juni in Göttingen, einen Überblick über die ökonomische, politische und gesellschaftliche Lage in Deutschland, die Situation in der LINKEN und den sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen zu geben. Die gut besuchte Veranstaltung erhielt ihr besonderes Gepräge zum einen durch den am Abend des Vortages erfolgten überraschenden Rücktritt der Parteivorsitzenden Gesine Löttsch, so daß Dietmar Bartsch gegenwärtig der einzige Kandidat für den Parteivorsitz ist. Zum anderen war es ein Novum in unserer nun doch schon seit 1991 durchgeführten Vortragsreihe, daß das Fernsehen anwesend war. Es versteht sich, daß im folgenden aus dem inhaltsreichen Vortrag nur einige Gedanken angeführt werden konnten.

Der Redner stellte zu Beginn seiner Darlegungen über Deutschland fest: Maßstab muß sein, was 2009, also vor den Bundestagswahlen, versprochen wurde. Und da zeigt sich: Das Land wird schlecht regiert. So wären mehr Investitionen für solche Bereiche wie Bildung, Kultur, Gesundheit u.a. angebracht. Trotz des beschlossenen Ausstiegs aus der Atomenergie ist die Energiewende verschlafen worden. Und schließlich hat Deutschland eine Krisenpolitik durchgeführt, die Europa in eine schwere Krise gestürzt und in solchen Ländern wie Italien und Griechenland zu einem beträchtlichen Abbau der Demokratie geführt hat. Am Beispiel Griechenlands zeigte Dietmar Bartsch, daß die Leidtragenden der Krise trotz sogenannter Rettungsschirme, die dreistellige Milliardenbeträge umfassen, die einfachen Menschen sind. Im weiteren Verlauf setzte er sich für die Regulierung der Finanzmärkte ein. Es müssen endlich jene Schichten der Bevölkerung mehr belastet werden,



Dr. Dietmar Bartsch bei der Vortragsveranstaltung in Bernburg

(Foto: privat)

die über die größten Vermögen verfügen, darunter die 942000 Millionäre, deren Zahl ständig weiter ansteigt. Neben der Millionärssteuer setzt sich DIE LINKE auch für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ein. Es sei hier daran erinnert, daß unsere Partei schon vor einigen Jahren ein detailliertes und gerechtes Steuerkonzept vorgestellt hat. Und was die Banken betrifft, so sollten sie wieder zu ihren Aufgaben zurückgeführt werden.

Seine Darlegungen über unsere Partei begann der Spitzenpolitiker mit der Feststellung, daß das Jahr 2011 kein erfolgreiches war, wobei er vor allem an die Ergebnisse bei einigen Landtagswahlen erinnerte. Er wies auf die gegenwärtig in bezug auf die im kommenden Jahr anstehenden Bundestagswahlen niedrigen Umfragewerte von 7 bis 8% hin und erinnerte an das Wahlergebnis bei der Wahl im Jahre 2009 von 11,9%. Der Rückgang der Mitgliederzahl von 78000 auf gegenwärtig 68000 darf nicht einfach von den Gliederungen der Partei hingenommen werden.

Der Redner wandte sich dann einigen speziellen Fragen zu, zunächst dem Argument, andere Parteien „klauen uns die Themen“. Am Beispiel unserer Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn zeigte er, wie wir es geschafft haben, daß diese von anderen politischen Kräften aufgenommen wurden. Wir müssen uns weiterhin auf den Kampf um die Durchsetzung unserer grundlegenden Inhalte konzentrieren. Dabei muß unser Bemühen auf mehr Öffentlichkeit sowie im Osten auf den Erhalt des Status einer

Volkspartei gerichtet sein. Er betonte die Wichtigkeit der Demokratie für die Entwicklung und das Leben der Partei.

Als erste und wichtigste Schlußfolgerung aus der dargestellten Situation in Deutschland und in der LINKEN stellte er heraus: „Wir brauchen dringend einen neuen Aufbruch“. Mit dem auf dem Erfurter Parteitag im Oktober 2011 beschlossenen Grundsatzzprogramm ist damit ein erster wichtiger Schritt gegangen worden. Als besonders wichtig hob er hervor:

1. das Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus
 2. das Eintreten für eine Vielfalt der Eigentumsverhältnisse sowie für eine demokratische Wirtschaftsordnung
 3. das Bekenntnis als Friedenspartei
- Vor dem auf dem Parteitag zu wählenden Vorstand stehen gewaltige Aufgaben. Er muß sich für einen steigenden Einfluß der Partei in unserem Land einsetzen – und das bedeutet vor allem die anstehenden Wahlen, von der Bundestagswahl 2013 und der Europawahl 2014 über die Landtagswahlen bis zu den Kommunalwahlen, mit guten Ergebnissen zu bestehen. Der vom Parteitag zu beschließende Leitartikel muß dafür eine gute Grundlage bilden. Bei allem darf aber nicht vergessen werden: Die Umsetzung der politischen Inhalte erfordert eine weitere Verbesserung und Wirksamkeit aller Arbeitsformen in der Partei und ihren Gliederungen.

Finanzkrise, Bankenkrise, Schuldenkrise, Eurokrise - Ist Europa noch zu retten ?

Carsten Marx

Am 28. März sprach der wirtschaftspolitische Sprecher der Landtagsfraktion Dr. Frank Thiel in der Gaststätte „Alte Molke-rei“ über das Thema „Ist Europa noch zu retten?“. In einem interessanten Vortrag, der eindrucksvolle Zahlen und aktuelle Fakten enthielt, gelang es dem Redner, den Besuchern die Risiken und Chancen für Europa zu verdeutlichen.

Anhand einer Präsentation ging er auf die Ursachen, die jetzige Situation und die möglichen Folgen der Krise ein: Momentan befinden wir uns in einem Teufelskreis. Die Vermögen und Einkommen sind immer ungleicher verteilt, woran die Kaufkraft leidet und die Binnenwirtschaft nicht angekurbelt wird.

Das viel beschworene Wachstum für Europa kommt nicht zustande, da Kredite (Geld) nicht in die reale Wirtschaft fließen, sondern weiterhin zur Zockerei und Spekulation auf den Finanzmärkten benutzt werden. Die Staatsschulden steigen immer mehr und man versucht, durch eine aus Sicht der LINKEN falsche Sparpolitik die Krise zu bekämpfen. An die wahren Ursachen der Krise geht man oder anders gesagt traut sich die Politik nicht heran.

Nicht nur Banken und Versicherungen sind schuld an der Krise. Auch die von Deutschland einseitig auf den Export ausgerichtete Wirtschaftsstruktur trägt ihren Teil dazu bei, was zu großen Belastungen der anderen Länder der europäischen Gemeinschaft führt.

Durch die Agenda 2010 (Ausbreitung von Leiharbeit, prekärer Beschäftigung und des gesamten Niedriglohnsektors) kombiniert mit einer realen Kürzung der Sozialtransfers und der Renten wurde die Nachfrage auch nach Importkonsumgütern drastisch gesenkt (vgl. IG Metall 6/2010 DIW-Wochenbericht 45/2011). Dadurch wurde ein immenser Außenhandelsüberschuß erreicht und die Binnennachfrage stagnierte.

Dadurch baut Deutschland immer mehr Forderungen gegenüber dem Ausland auf und andere Staaten verschulden sich immer mehr gegenüber Deutschland. Am Ende könnte es knallen, da die Ungleichgewichte die Eurozone zerreißen könnten.

Um ein gemeinsames Europa zu bewahren, müssen neben Veränderungen auf den Finanzmärkten und Wirtschaftsmärkten auch Konstruktionsfehler der



Dr. Frank Thiel bei seinem Vortrag zum Thema „Ist Europa noch zu retten?“ in Bernburg (Foto: privat)

Eurozone beseitigt werden. Dazu gehört auch eine gemeinsame Lohn-, Steuer- und Sozialpolitik. Momentan konkurrieren sich die Staaten in die Pleite, was fatale Folgen für die Demokratie und das gemeinsame Europa haben könnte. Profitieren tun nur die Leute, die eigentlich für die Krise verantwortlich sind und nicht die Bürger und Bürgerinnen sowie Klein- und Mittelständischen Unternehmen, die diese Krise nicht verursacht haben, aber dafür die Zeche zahlen sollen. Die beschlossenen Maßnahmen werden die Krise nicht beenden. Der bisherige Rettungsschirm führt zu mehr Schulden und weniger Wachstum.

An dieser Stelle möchte ich auch mal erwähnen, daß die Regierungen immer nur von mehr Wachstum sprechen. Wir brauchen mehr Wachstum? Aber in einem Zeitalter, wo immer mehr Menschen ihr Recht auf ein vernünftiges Leben einfordern, wo die Rohstoffe immer weniger werden und die Umwelt immer mehr belastet wird, sollte doch das Ziel sein, die sozialen Standards weiter zu entwickeln, mit den Rohstoffen verantwortungsvoll umzugehen und so die Umwelt zu schonen und zu schützen. Wir haben nur diesen Planeten.

Es ist aus meiner Sicht alles eine Kopfsache. Denn alles geht im Kopf los. Aber solange die Macht und Gier in den Köpfen der Herrschenden, unseren sogenannten Eliten, vorherrschen, wird sich

darin nichts ändern. Ich hoffe nur, daß dies die Mehrheit der jungen Generation erkennt und sich aktiver an der Gestaltung der Gesellschaft beteiligt. Alle sogenannten Hilfspakete haben nichts bewirkt, egal in welche astronomische Höhe sie innerhalb der Krise gestiegen sind.

Weil diese Politik falsch ist und eine alternative Krisenbekämpfung möglich ist, hat DIE LINKE im Bundestag gegen die „Rettungspakete“ gestimmt. Sie fordert:

1. Sofortiges Ende der diktierten Sparprogramme und undemokratischer Einflussnahme
2. Finanzierung der öffentlichen Haushalte von den Finanzmärkten abkoppeln
3. Schuldenschnitt und Vermögensabgabe
4. Bankensektor vergesellschaften und streng regulieren
5. Beseitigung der Außenhandelsungleichgewichte
6. Profiteure zur Kasse

Nur wenn diese Forderungen zum festen Bestandteil der Politik der Regierungen werden, so der Redner, ist Europa noch zu retten, wird ein sozial gerechtes, demokratisches und friedliches Europa entstehen.

Carsten Marx ist Mitglied des Ortsvorstandes und Vorsitzender der BO Bernburg-Südost

Regionalkonferenzen in Sachsen-Anhalt bereiten Bundesparteitag vor

Lothar Boese

Gegenwärtig veranstaltet DIE LINKE in Sachsen-Anhalt in den fünf Regionen des Landesverbandes Regionalkonferenzen. Diese sollen erklärmaßen der inhaltlichen Vorbereitung des für Anfang Juni geplanten Göttinger Bundesparteitags dienen. Am letzten Samstag im März fand die Konferenz der Region Magdeburg in der Magdeburger Stadthalle im Rotehornpark statt. Eingeladen waren die Mitglieder der Kreisverbände Börde, Jerichower Land, Salzlandkreis und des Stadtverbandes Magdeburg. Nach der Begrüßung hielt Matthias Höhn, Landesvorsitzender der LINKEN in Sachsen-Anhalt, ein etwa einstündiges Grundsatzreferat. Er bemerkte anfangs, dass es auf der Konferenz nicht um Personaldiskussionen gehen möge. Die könnten später geführt werden. Stattdessen stehe die Frage: „Wie stellen wir uns unsere Partei vor? Wo wollen wir hin?“ Er stellte fest, dass die Demokratie der Bundesrepublik in Veränderung begriffen sei. Ob zum Positiven oder Negativen, sei heute noch offen.

Er beschrieb dazu drei Linien. Zum einen eine Tendenz zu „zunehmender Entparlamentarisierung“ und ansteigender Machtfülle kleiner, exekutiver Zirkel. Auf europäischer Ebene stünden für diese Politik z. B. Merkel und Sarkozy. Eine weitere Tendenz wäre die sich regende gesellschaftliche Widerständigkeit gegen diese Entwicklung, in anderen Ländern noch stärker als in der BRD. Hierzulande wäre unsere eigene Partei Ausdruck für diese Widerständigkeit, aber auch die Aktionen um ACTA, um Stuttgart 21 oder der Aufstieg der „Piraten“. Eine dritte Tendenz wäre die Etablierung neuer Formen der Information und damit der Öffentlichkeit und Partizipation. Ausdruck dafür seien die Entwicklung seinerzeit im Fall v. Guttenberg oder jüngst die Ereignisse vor und um die Bundespräsidentenwahl. Es wäre vor allem die „Netzcommunity“ gewesen,

die die Steine öffentlich ins Rollen brachte und den etablierten Medien mit ihrer Beschwichtigungsrhetorik ihre Grenzen aufzeigte.

Matthias Höhn meinte, dass sich DIE LINKE all diesen Entwicklungen stellen müsse. Sie müsse stärker als bisher Plattform für politisch spannende Debatten werden, Rechthaberei anderen überlassen und eine neue Beteiligungskultur entwickeln: „Zuhören und einbeziehen statt agitieren und anleiten, vertrauen statt misstrauen, gemeinsam entwickeln statt fertig vorsezen.“ Dies hätten die etablierten Parteien verlernt. Letztlich ginge es um Authentizität und Glaubwürdigkeit. DIE LINKE müsse die Partei der europäischen Demokratie sein.

Im Weiteren beschrieb er die desolote soziale Situation unserer Gesellschaft, die ihren Zusammenhalt und damit ihre soziale Substanz zu verlieren drohe, in der sich Armut verfestige und sich die Arbeitsgesellschaft zerfasere. „Wir können und werden uns als LINKE damit nicht abfinden“. „Es ist Kern unserer Identität, eine Gesellschaft zu beschreiben, die niemand ausschließt.“ Zentrale Forderungen sind und bleiben eine höhere und gerechtere Besteuerung von privaten Vermögen, Erbschaften und Unternehmensgewinnen. Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor gehöre auch zu den zentralen Forderungen. DIE LINKE sollte auch nicht versäumen, die Debatte zum Arbeitsbegriff und zur Zukunft der Erwerbsarbeit weiter voranzutreiben. Die Arbeitsmarktpolitik der Partei, auch ihre Erfolge in Regierungsverantwortung in verschiedenen Bundesländern, müssen insgesamt viel offensiver kommuniziert werden. Ein weiterer Teil seiner Rede befasste sich mit der ökologischen Frage. Der sozial-ökologische Umbau sei eines der großen Transformationsprojekte unserer Zeit. Mit der klassischen Wachstumsideologie sei zu brechen. Dezentralisierung sei das

Gebot der Stunde. In diesem Zusammenhang kritisierte er die Konzeption des „Green New Deal“, der vor allem die Grünen anhängen. Steigende Kosten in dieser marktwirtschaftlichen Variante der Ökologisierung würden zunehmend ein Problem für Einkommensschwache. Schließlich: DIE LINKE müsse raus aus ihrer gesellschaftlichen Schmollecke und wieder lernen, Zuversicht auszustrahlen. Nur wer sich ändere, bleibe sich treu. Und zur SPD: Bleibe sie bei ihrem gegenwärtigen Kurs der Ausgrenzung der LINKEN, wäre sicher, dass nach der nächsten Wahl Merkel Bundeskanzlerin bliebe. Deshalb habe für DIE LINKE zu gelten: Keinen Konstellationswahlkampf führen! Stattdessen für die eigenen Themen und Konzepte streiten!

In der anschließenden Diskussion nahmen neun Genossinnen und Genossen das Wort, als erste Sabine Dirlich aus dem Salzlandkreis. Sie beklagte unter anderem, dass DIE LINKE sehr rechthaberisch wäre. Manche politische Diskussion in der Partei, so z. B. zur Arbeitsmarktpolitik, könne sie nicht mehr nachvollziehen. Man solle doch keine Denkverbote erteilen und nicht immer gleich mit Maximalforderungen auftreten.

Der Salzlandkreis war übrigens auf dieser Konferenz unter den vier geladenen Kreis- bzw. Stadtverbänden mit 17 Teilnehmern (von etwa 40) mit Abstand am stärksten vertreten. Matthias Höhn wünschte in seinem Schlusswort, dass der neu zu wählende Parteivorstand insgesamt arbeits- und kooperationsfähiger sein möge als der alte. Führungsdefizite erlebe er jede Woche. Die Zustimmung zur LINKEN in der Bevölkerung entscheide sich aber nicht am Führungspersonal, sondern am Gebrauchswert für die Menschen.

Von der Sitzung des Kreisvorstandes

Klaus Magenheimer

In der Rückschau der Sitzung des Kreisvorstandes am 4.4.2012 wurde auf die Ereignisse der vergangenen Wochen verwiesen: auf die Wahlkreistage von Jan Korte, den Informationsbesuch zur Bürgerarbeit von Sabine Dirlich und die Frauentagsveranstaltung in Staßfurt. Eine umfassende Auswertung der Regionalkonferenz vom 31.3. in Magdeburg, die zur inhaltlichen Vorbereitung auf den Göttinger Parteitag durchgeführt wurde, nahm der Kreisvorsitzende Lothar Boese vor.

Mit einem ausführlichen schriftlichen Bericht, aufgegliedert auf jede Basisgruppe im Kreisverband, informierte die Schatzmeisterin Petra Giest über die aktuellen Ergebnisse der Finanzarbeit im ersten Quartal. Der Kreisvorstand beschloss, dem Ortsverband von Aschersleben die erforderlichen Mittel bereitzustellen, da-

mit die von der Stadt erhobenen Gebühren für die Informationsstände bezahlt werden können. Zur Sicherung der Verbindung mit der Öffentlichkeit wollen die Genossinnen und Genossen jeden zweiten Donnerstag einen Informationsstand durchführen.

Zur unmittelbar bevorstehenden Kreisdelegiertenkonferenz in Schönebeck wurden die letzten noch erforderlichen inhaltlichen, organisatorischen und personellen Vorbereitungsmaßnahmen abgesprochen. Auf die unbedingte Teilnahme aller gewählten Delegierten wurde nochmals hingewiesen.

Friedrich Schütz informierte über die zentrale Konferenz der Kreisvorsitzenden, die auf die weitere Stärkung der Partei und die Umsetzung des Parteiprogramms orientierte. Es wurde festgelegt, über die Strukturen im Kreisverband mit

allen BO-Vorsitzenden zu beraten und eine einheitliche Struktur zu entwickeln. Zum ständigen Tagesordnungspunkt „Bericht aus der Kreistagsfraktion“ informierte die Fraktionsvorsitzende Sabine Dirlich über den nun endlich vom Landrat vollzogenen mehrmaligen Beschluss des Kreistages, die Salzlandkliniken an den Betreiber AMEOS zu verkaufen. In absehbarer Zeit wird es auch unsere Forderung nach Aufarbeitung aller Zusammenhänge geben, die zu diesem Zeitverzug geführt haben. Damit sind auch unnötigerweise finanzielle Belastungen für den Kreis entstanden.

Ausführlich und empört wurde über die immer noch unbefriedigende Situation zur Einrichtung eines Wahlkreisbüros in Aschersleben diskutiert.

Jan Korte in der Verbandsgemeinde Saale-Wipper

Jörg Lemmert

Am 11. April standen für MdB Jan Korte in der Verbandsgemeinde Saale-Wipper wieder zahlreiche Termine auf dem Programm.

In Alsleben gab es einen Einblick in 800 Jahre Müllertradition. Die dortige Mühle kann auf diese lange Geschichte zurückschauen, auch wenn die heutige Produktion wenig mit der bekannten „Max und Moritz Ästhetik“ zu tun hat, wie Geschäftsführer Herr Gutting berichtete. Die ca. 100 Angestellten der Saalemühle verarbeiten dafür mit modernster Technik über 400.000 Tonnen Getreide im Jahr. Das Gespräch mit Korte nutzte Gutting, der das Unternehmen vor 20 Jahren übernahm und seitdem 50 Mio. Euro investierte, um seine Wünsche an die Politik zu formulieren.

Da die Mühle eng mit den Getreidebauern der Region zusammenarbeitet, passte der anschließende Termin bei der Agrargenossenschaft in Ames-

dorf gut ins Programm. Der Vorstandsvorsitzende Herr Strobach konnte neben der Situation im Pflanzenbau auch über die Milchviehherde des Betriebes berichten. Im Mittelpunkt des Gespräches standen außerdem aktuelle Entwicklungen im ländlichen Raum.

Anschließend stand erneut ein Besuch bei einer Feuerwehr auf dem Programm. Als Mitglied im Innenausschuss des Bundestages, der auch für den Katastrophenschutz zuständig ist, schaut sich der Abgeordnete regelmäßig bei den Wehren im Wahlkreis um. In Giersleben gab es ein erst im Februar übergebenes Vereinshaus zu bestaunen. Der stellvertretende Bürgermeister Peter Rietsch und Wehrleiter Steffen Hoffmann führten durch das über 300 Jahre alte Gebäude, das auf den neusten Stand der Technik gebracht wurde und berichteten über aktuelle Probleme vor Ort und in der Verbandsgemeinde.

In Plötzkau traf Jan Korte danach auf gute Bekannte. Bei den Anglern vom AV Plötzkau war er bereits zum dritten Mal zu Gast. Im Schlosscafé berichteten die Petrijünger u.a. von der hervorragenden Entwicklung bei der Jugendarbeit. Diese unterstützte der Abgeordnete mit einem Scheck über 150 Euro. Damit soll den zahlreichen Nachwuchsanglern die Teilnahme an einem Jugendcamp im Sommer ermöglicht werden. Außerdem wurde natürlich über das Kormoranmanagement und die geplante Fusion der beiden großen Anglerverbände DAV und VDSF diskutiert.

Auch eine Bürgersprechstunde sollte wieder nicht fehlen. Diese findet in der Verbandsgemeinde traditionell in Güsten statt, wo es in den Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern natürlich auch um den Rücktritt der Parteichefin Gesine Löttsch ging.

Krankenhausverkauf – eine doch nicht unendliche Geschichte

Sabine Dirlich

Endlich! Es ist vollbracht. Die Erleichterung nach der erfolgten Unterschrift unter den Vertrag mit AMEOS zum Verkauf der Salzlandkliniken war allen Beteiligten anzumerken. Damit ist ein vorläufiger Schlusspunkt unter eine Geschichte gesetzt, die Landkreis und Kreistag wahrlich nicht zur Ehre gereicht.

Nachdem alle Versuche unserer Fraktion, die Kliniken in kommunaler Hand zu behalten, gescheitert waren, ging es uns vor allem darum, allen Häusern eine gleich große Chance auf ein Weiterbestehen zu garantieren. Das schien uns mit dem Angebot von AMEOS am ehesten möglich. Das Angebot enthielt die höhere Gewähr, die Ziele der Privatisierung, die sich der Kreistag selbst gesetzt hatte, zu erreichen. Zu unseren wichtigsten Zielen gehörte es, dass alle vier Standorte der Salzlandkliniken die gleichen Startbedingungen bekommen. Das wäre mit dem Angebot von HELIOS nicht gegeben gewesen. Die Monopolstellung, die HELIOS mit diesem Erwerb erreicht hätte, wäre

beim Bundeskartellamt ganz sicher auf Widerstand gestoßen. Das aber hätte für die Häuser in Aschersleben und Staßfurt bedeutet, dass ein neuer Bieter hätte gefunden werden müssen, der in den Vertrag einsteigt. Kein leichtes Unterfangen, vor allem wenn man bedenkt, dass mit jedem Tag der Verzögerung neue Verluste entstanden sind, die nicht nur den Kaufpreis, sondern auch die Attraktivität der Krankenhäuser verringert. Mit jedem Tag der Verzögerung wuchs nämlich auch die Gefahr, dass Fachkräfte abwandern und ein Krankenhausbetrieb immer schwieriger wird.

Deshalb ist der Kreistag auch bei den mehrmaligen Versuchen des Landrates und einer Minderheit von Kreistagsmitgliedern, doch noch einen anders lautenden Beschluss herbeizuführen, bei seiner ersten Entscheidung geblieben. Der inzwischen eingetretene Zeit- und Geldverlust ist aber auch der zögerlichen Haltung des Landrates geschuldet, der sich - offenbar bis nach Brüssel - nach allen

Seiten absichern wollte, aus Angst, für die Entscheidung des Kreistages persönlich verantwortlich gemacht zu werden. Und verantwortlich ist er nun mal. Wir haben ihn aufgefordert, diese Verantwortung endlich anzunehmen oder aber die Konsequenzen zu ziehen. Letztlich hat wohl den Ausschlag gegeben, dass die Verluste bei einem Verstreichen der Bindungsfrist der notariell beglaubigten Angebote weitaus größer gewesen wären, als die Gefahr, dass aus Brüssel irgendwann einmal ein Widerspruch zu unserem Verfahren gekommen wäre.

Natürlich werden wir die Arbeit des neuen Krankenhausbetreibers kritisch begleiten müssen. Schließlich wollen wir wissen, ob er seine Zusagen einhält. Aber zunächst einmal braucht der neue Betreiber Zeit, seine Konzepte umzusetzen. Was er nicht gebrauchen kann, ist permanentes Misstrauen oder übersteigerte Erwartungen.

Sabine Dirlich ist Vorsitzende der Kreistagsfraktion

Aus dem Stadtrat in Aschersleben

Regina Koblischke

In der Stadtratssitzung am 28.03.2012 ging es um den Beitrittsbeschluss zur Genehmigungsverfügung der Kommunalaufsicht des Salzlandkreises zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Abwasserentsorgung der Stadt Aschersleben (EBA). Der EBA muss seinen Kreditrahmen für Investitionen aus dem Vorjahr ausschöpfen, bevor neue Kredite genehmigt werden.

Der 1. Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2012 war erforderlich, da sich die Förderbedingungen für die 4. Erweiterung des Aschersleber Gewerbegebietes an der Güstener Straße verändert haben. Eine Förderung von 90% war (wie im Vorjahr) geplant, die zur Verfügung stehenden Fördermittel betragen aber nur noch 60%. Es müssen somit mehr finanzielle Mittel für die Maßnahmen eingeplant werden.

Der Beschluss über die Billigung und erneute Beteiligung zum 2. Entwurf

des Bebauungsplanes „Industriegebiet Nordost“ stand ebenfalls auf der Tagesordnung. Dieser Entwurf ist öffentlich auszulegen, die Behörden und die Träger öffentlicher Belange sollen Stellung nehmen. Es gab hier u.a. Veränderungen bei der Planung eines Radweges entlang der Güstener Straße und bei der Löschwasserversorgung.

Weiterhin beschäftigte sich der Stadtrat mit dem Bebauungsplan „Wohngebiet am Spittelsberg“ und der Abwägung zum Vorentwurf, der Billigung und Auslegung des Entwurfes zum Bebauungsplan Nr. 22. Nach gut 18 Jahren kann dieser Bebauungsplan dann zum Abschluss gebracht, und voraussichtlich im September die Satzung dazu im Stadtrat beschlossen werden. Die Auseinandersetzungsvereinbarung über das Ausscheiden der Gemeinde Schackstedt aus der Verwal-

tungsgemeinschaft Saale-Wipper und über die Zahlung eines Ausgleichsbetrages wurde im Stadtrat bestätigt.

In einer Sondersitzung wird sich der Rat am 12. 4. 2012 mit der Fortschreibung des Haushaltkonsolidierungskonzeptes für die Jahre 2012 – 2020 und mit der Diskussion der Prioritätenliste der Stadt zum STARK III Programm beschäftigen. Dieses Programm widmet sich der Modernisierung und energetischen Sanierung von Kindertagesstätten und Schulen und der informationstechnischen Ausstattung in den Schulen.

Regina Koblischke ist Vorsitzende der Stadtratsfraktion der LINKEN in Aschersleben

Welche Abgeordnetenentschädigung ist gerecht?

Wulf Gallert

Seit mehreren Wochen beschäftigen sich die Medien des Landes Sachsen-Anhalt wieder intensiv mit der Entwicklung der Abgeordnetenentschädigung im Landtag von Sachsen-Anhalt, und deshalb ist es überhaupt nicht verwunderlich, dass diese Fragen auch an uns LINKE herangetragen werden mit der Aufforderung, uns dazu zu positionieren.

Dies haben wir getan. Bevor ich jedoch zu unserem Vorschlag komme, noch einige Erläuterungen zum Werdegang dieser Entscheidung.

In der Landesverfassung von Sachsen-Anhalt ist festgelegt, dass es eine unabhängige Kommission gibt, die darüber berät, wie sich die Entschädigung für Landtagsabgeordnete entwickeln soll. Diese Kommission hat am 19. März 2012 vorgeschlagen, dass die Grundentschädigung für Landtagsabgeordnete in den nächsten fünf Jahren so hoch sein soll, wie sie jetzt für einen Amtsrichter als Grundgehalt ist. Das sind etwas über 5.600 Euro im Monat, und damit im Vergleich zur jetzigen Grundentschädigung für Abgeordnete rund 850 Euro mehr - also eine Steigerung von 18 Prozent in fünf Jahren.

Nach diesem Bericht der Diätenkommission unterbreitete Landtagspräsident Detlef Gürth seinen Vorschlag, der in diesem Fall (anders als in der letzten Legislaturperiode) den Vorschlag der Diätenkommission vollständig übernommen hat. Dies geschah am 27. März 2012, und erst nach diesem Vorschlag sind die Fraktionen aufgefordert, sich selbst eine Meinung zu bilden. Das hat unsere Fraktion in Konsultation mit dem Landesvorstand dann auch getan.

In der Fraktion haben wir diese Frage intensiv diskutiert, für uns gab es hier drei Möglichkeiten:

1. Wir stimmen dem Vorschlag des Landtagspräsidenten zu.
2. Wir entwickeln einen eigenen Vorschlag zur Entschädigung.
3. Wir lehnen jede Erhöhung der Entschädigung grundsätzlich ab.

Für die Anhebung auf die Höhe des Richtergehaltes hat die Einordnung des Landtagsabgeordneten in das Verfassungsgefüge des Landes gesprochen. Die Abgeordneten sind direkt vom Volk gewählt. Sie sind dazu da, die Gesetze zu beschließen, Regierung und Justiz sind „lediglich“ dazu da, diese anzuwenden oder auszulegen. Dabei ist auch zu beachten, dass die Vertreter/innen von Regierung und Verwaltung inzwischen in hoher Zahl (etwa 4.500 Landesbedienstete) höhere Gehälter als Abgeordnete bekommen.

Trotzdem hat sich die Fraktion gegen diese Variante entschieden. Die Gehälter der Richter im Land Sachsen-Anhalt sind Ausdruck der Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst. Sie haben in den letzten fünf Jahren eine Steigerung von 19 Prozent zu verzeichnen. Dies entspricht auch in etwa der durch den Präsidenten vorgeschlagenen Steigerung der Abgeordnetenentschädigung.

Diese Entwicklung ist aber für das gesamte Land nicht repräsentativ. Die durchschnittliche Entwicklung der Arbeitseinkommen in Sachsen-Anhalt in den letzten fünf Jahren betrug lediglich rund 8,3 Prozent und liegt damit knapp unter der Inflationsrate von 9 Prozent über diesem Zeitraum. Für uns war ausschlaggebend, dass sich die Einkommensentwicklung der Abgeordneten nicht zu weit von der Entwicklung der Durchschnittseinkommen abheben darf. Deshalb haben wir als Fraktion vorgeschlagen, die Anhebung der Abgeordnetenentschädigung nach dem Durchschnitt der Arbeitseinkommensentwicklung der letzten Jahre auszurichten. Dies bedeutet eine Steigerung von knapp 400 Euro.

Natürlich wissen wir, dass nicht Wenige auch eine grundsätzliche Ablehnung der Diätenerhöhung von uns verlangen. Auch diese Position halten wir nicht für sachgerecht, zumal die Forderung danach häufig auch mit demokratiefeindlichen Argumenten verknüpft wird. Nach-

dem man sich z. B. solche „Laberbuden“ ohnehin sparen könne, dass gefälligst alle an einem Strang zu ziehen haben und sich nicht streiten sollen, dass die Gelder nicht für demokratische Institutionen, sondern für was „Richtiges“ ausgegeben werden sollten, dass wir also einen starken Mann bräuchten, der klar sagt, wo es hingehen soll. Diese Argumente sind falsch, und wir sollten sie in den Debatten auch nicht bedienen.

Natürlich wissen wir, dass neben der Abgeordnetenentschädigung viele andere Dinge im Zusammenhang mit dem Landtag zu klären sind. Dazu gehören die Größe des Parlamentes, die Transparenz seiner Arbeit, die Frage des Wahlalters und vieles mehr. Wir haben uns jedoch entschlossen, diese Probleme getrennt voneinander zu behandeln.

Und natürlich kennen wir auch das Argument, dass wir solche Vorschläge gut unterbreiten könnten, weil wir das Geld ja ohnehin bekommen würden. Trotzdem halten wir es für richtig, einen alternativen Vorschlag in die Diskussion einzubringen. Darüber hinaus verweisen wir auf den Solidarfonds der Abgeordneten, der 1995 deshalb gegründet worden ist, weil wir um die Einkommensdiskrepanz zwischen den meisten Menschen in Sachsen-Anhalt und den Landtagsabgeordneten wissen. In diesen Fonds haben die Abgeordneten - übrigens aus ihrer selbstverständlich zu versteuernden Grundentschädigung - inzwischen mehr als 900.000 Euro eingezahlt, die für eine Vielzahl sozialer und humanitärer Projekte eingesetzt wurden.

MdL Wulf Gallert ist Fraktionsvorsitzender der Landtagsfraktion DER LINKEN

Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
April
recht herzlich

zum 91. Geburtstag
Gerhard Seltitz

zum 90. Geburtstag
Walter Stier

zum 88. Geburtstag
Erna Kohlfärber

zum 87. Geburtstag
Rolf Becker
Ilse Fischer

zum 86. Geburtstag
Elfriede Bölke
Anneliese Märker

zum 85. Geburtstag
Brunhilde Dix
Fritz Otto

zum 84. Geburtstag
Valeria Sawalisch

zum 83. Geburtstag
Oskar Wohlgemuth

zum 82. Geburtstag
Werner Schulze

zum 81. Geburtstag
Hartmut Kegler
Christa Kieslich

zum 80. Geburtstag
Friedrich Schütz

zum 75. Geburtstag
Herman Herold

zum 70. Geburtstag
Lies Ingrid Paul

Wir gratulieren auch allen
anderen Mitgliedern unseres
Kreisverbandes, die im
April
Geburtstag haben



Maikundgebung in Bernburg

Der DGB, DIE LINKE und anderen
Parteien veranstalten ab 9:30 Uhr
wieder ein Kinder- und Familienfest
auf dem Bernburger Karlsplatz

1.Mai-Feier auf dem Bierer Berg

Der Ortsverband Schönebeck führt
sein traditionelles Maifest
wieder von 11 bis 15 Uhr auf dem
Bierer Berg durch

1. Mai in Aschersleben

auf dem Holzmarkt um 10.00 Uhr
Kundgebung mit Gewerkschaften
Um 19.30 Uhr Kabarett aus Magde-
burg, die „Hengstmannbrüder“ im
Bestehornhaus

In eigener Sache

Liebe Leserinnen und Leser,
die letzte Ausgabe der DLZ und de-
ren Beilage sind in sehr schlechter
Qualität erschienen. Leider war es
der Redaktion aufgrund der Kürze
der Zeit nicht mehr möglich noch
Veränderungen zu treffen.

Zur Entscheidung standen der Ver-
zicht auf diese Ausgabe oder sie in
der schlechten Qualität zu vertei-
len. Die Redaktion entschloss sich
für des Letztere, weil wir durch ein
Nichterscheinen der DLZ unsere
langjährigen Leser nicht enttäu-
schen wollten.

Wir versichern, mit allen Kräften da-
für zu sorgen, dass so eine Situati-
on nicht wieder eintreten kann.

Die Redaktion

MitstreiterInnen fürs Kutterrudern gesucht!

DIE LINKE Bernburg wird am
9. Juni wieder am traditionellen
Kutterrudern des Maritimen Clubs
teilnehmen.

Wir brauchen dieses Jahr noch
personelle Unterstützung und
würden uns sehr freuen, wenn
sich Interessenten bei Jörg Lem-
mert (Tel.:03471/622947) melden.

Kranzniederlegung zum Tag der Befreiung

Am 8. Mai um 16:30 am Mahnmal
auf dem Martinsplatz in Bernburg

Am 2. Mai, 18.00 Uhr, Kreisvor-
standssitzung, Fraktionsbüro in
Staufurt, Grenzstraße 11

Zum Fest der LINKEN am 16. Juni in Berlin

bietet der Kreisverband Anhalt-Bit-
terfeld eine Busfahrt an. (Kosten:
10 €/Person)

Interessenten können um 7:20 Uhr
in Köthen zusteigen. Um 18 Uhr
geht es wieder zurück.

Bei Interesse bitte bei Jörg Lem-
mert melden:

Tel.: 03471/622947.

DIE LINKE ZEITUNG

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE.

Salzlandkreis

Tel.: 03471/310492

dielinke-salzlandkreis@t-online.de

06406 Bernburg, PF 1104

Redaktion :

Friedrich Schütz (V.i.S.d.P)

Rüdiger Wendt,

Klaus Magenheimer,

Jörg Lemmert

Bei nicht vereinbarten und nach Re-
daktionsschluss eingegangenen Ar-
tikeln kann die Veröffentlichung nicht
garantiert werden.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
stimmen nicht immer mit der Meinung
der Redaktion überein.

Die Redaktion

Einsendeschluss für DIE LINKE
ZEITUNG ist der 07.05. und Redak-
tionsschluss war der 12.04.